LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/3936

Alle Abg

Stellungnahme der Landesschüler*innenvertretung (LSV NRW) zu dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Lehramtszugangsverordnung Drucksache 17/13366 Vorlage 17/5010

Sehr geehrte Abgeordnete des Schulausschusses,
Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge sehen wir, wie Populismus, Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus tagtäglich unsere Demokratie bedrohen und unterwandern. Auf der anderen Seite sehen wir das Bedürfnis und das Verlangen junger Menschen, sich in den politischen Diskurs einzubringen - Hunderttausende beteiligten sich zum Beispiel aktiv bei Fridays for Future. Nie war die Wichtigkeit politischer Bildung so deutlich wie heute, doch anstatt auf diese Wichtigkeit einzugehen, versucht die Landesregierung den politisch und damit gesellschaftlich relevanten Unterricht zu marginalisieren und durch einen Wirtschaftsfokus zu ersetzen.

Schon im vorletzten Jahr begann die Landesregierung, den Fokus von politischen Themen in Richtung einer rein wirtschaftlichen Orientierung zu verändern und damit die politische Bildung in NRW nachhaltig zu schwächen.

Diese Änderungen scheinen wie ein Schlag ins Gesicht, denn wir Schüler*innen werden dadurch, wie für die Landesregierung typisch, wieder einmal nur auf unsere Arbeitskraft und unseren Wert in der wirtschaftlichen Ordnung reduziert.
Dass Schüler*innen vielmehr der wichtigste Grundbaustein der zukünftigen Gesellschaft sind und die frühe Politisierung und die Fähigkeit, Prozesse zu hinterfragen, maßgeblichen Einfluss auf diese hat, wird dabei gerne außer Acht gelassen.

Durch die geplante Neuprofilierung des Studiengangs “Sozialwissenschaften” ist zu befürchten und zu erwarten, dass die Soziologie weitgehend zugunsten wirtschaftswissenschaftlicher Anteile verdrängt wird. Dies ist auch stark in der Umbenennung in „Wirtschaft-Politik“ für das Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschule beziehungsweise „Wirtschaft-Politik/Sozialwissenschaften“ für das Lehramt Gymnasium/Gesamtschule zu erkennen, da die interdisziplinäre Komponente der Soziologie entweder nicht mehr aufgeführt wird oder in dem Anhängsel “Sozialwissenschaften” verschwinden soll.

Weitgehende Diskussionen werden so in großen Teilen unterbunden. Gesellschaftliche Fragestellungen, die das Fach Sozialwissenschaften aufwirft, sind nunmal komplex und nicht nur aus einer Perspektive zu beantworten. Dem Fach Wirtschaft/Politik fehlt ein wichtiger Blickwinkel, den es für diese Diskussionen und das Hinterfragen vieler Zusammenhänge benötigt.

Die angestrebten Änderungen der Landesregierung offenbaren schlussendlich eine fragwürdige Blickweise auf die demokratische Entwicklung von Schüler*innen an Schulen. Die Politisierung einer ganzen Generation den Wirtschaftsinteressen unterzuordnen, wie es die Landesregierung scheinbar vorsieht, ist inakzeptabel!

Mit Blick auf diese Problematik sehen wir uns in der Pflicht, die inhaltliche Neuprofilierung des Studiengangs „Sozialwissenschaften“ und die Umbenennung in „Wirtschaft-Politik“ für das Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschule

beziehungsweise „Wirtschaft-Politik/Sozialwissenschaften“ für das Lehramt Gymnasium/Gesamtschule deutlich zu kritisieren.

Wir unterstützen das Bündnis #sowibleibt, auf dessen Forderungen wir ausdrücklich hinweisen wollen.

Mit freundlichen Grüßen,
Julius van der Burg
i.A.d. Landesschüler*innenvertretung NRW

--
Landesschüler*innenvertretung NRW
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf
info@lsvnrw.de
Tel.: 0211-330 703
Fax: 0211-330 714

lsvnrw.de
facebook.com/lsvnrw
instagram.com/lsvnrw
twitter.com/lsvnrw